



Spitzengespräch mit der Landesregierung: Keine Bewegung bei der Besoldungsanpassung

Am Freitag, 29. Juni 2007, trafen sich die Vorsitzenden des DGB Saar und seiner Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes, Verdi, GEW und GdP, zu einer zweistündigen Verhandlungs- und Gesprächsrunde mit Ministerpräsident Peter Müller, dem Chef der Staatskanzlei Karl Rauber sowie Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Hier die wichtigsten Ergebnisse:

1. Besoldungsanpassung 2008

In der Frage der Besoldungsanpassung sei die saarländische Landesregierung bereit, ab April 2008 eine Anhebung der Besoldung und Versorgung um 2,9 % vorzunehmen. Spielräume, insbesondere zur früheren Anhebung, gebe es nicht.

Mit Ausnahme einer kinderbezogenen Komponente seien auch sonstige sozial gestaffelte frühere Regelungen nicht finanzierbar.

Der Forderung nach Anpassung bereits zum 01. Januar 2008, also der Gleichbehandlung mit den Tarifbeschäftigten, sowie den hierzu vorgetragenen Argumenten der Gewerkschaftsvertreter hielt Ministerpräsident Müller entgegen, dass mit der so beabsichtigten Regelung das Saarland im Vergleich zu anderen Bundesländern durchaus einen guten „Mittelfeldplatz“ belege. Angesichts der dramatischen Haushaltslage und dem laufenden Verfahren zur weiteren Teilentschuldung des Saarlandes beim Bundesverfassungsgericht sei aus Regierungssicht ein Mehr unverantwortbar. Daran änderten auch die zu erwartenden zusätzlichen Steuereinnahmen nichts, denn trotzdem läge immer noch eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von mehreren hundert Millionen vor.

Da die Landesregierung offensichtlich zu weiteren Kompromissen nicht bereit ist, werden wir uns nun gewerkschaftsseitig engagiert an die Fraktionen im Parlament wenden, denn der Haushaltsgesetzgeber hat hier das letzte Wort.

2. Föderalismusreform

Die Landesregierung steht zu ihrem Wort, frühzeitig alle Beteiligten, insbesondere die öD-Gewerkschaften, an einem „runden Tisch Föderalismusreform“ zu beteiligen. Man wolle jedoch mit dem Beginn der Arbeiten abwarten, bis der Bund und einige andere Bundesländer be- bzw. verwertbare eigene Vorstellungen entwickelt hätten. Derzeit gäbe es keinen dringlichen Handlungsdruck.

3. Beihilfe

Die ausführlichen Schilderungen des GdP-Vorsitzenden Hugo Müller zum Problemkreis Beihilfe verursachten beim Ministerpräsidenten große Betroffenheit. Er sagte zu, dass sich das Kabinett noch vor der Sommerpause mit dem Thema beschäftigen werde, um sowohl hinsichtlich der Beihilfevorschriften als auch der Bearbeitungszeiten sowie sonstiger Strukturen und Abläufe zu besseren Lösungen zu kommen.

Der Landesvorstand

P.S.: Ausführliche Berichterstattung in der nächsten DEUTSCHE POLIZEI